

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau behördlicherseits bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pegau, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

Besuchspreis mit Illustr. Beilage Volt und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 1.80, für Selbstabholer 1.70 Mf. — Durch die Post bezogen 1.80 Mf. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. Poststelle: Leipziger Buchdruckerei U. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10gspalt. Kolonialzeile 35 Pg. Familienanzeigen
von Privaten mit 50% Nachlass. Stellenangebote 10gsp. Kolonialzeile 25 Pg.
Kleine Anzeigen: Ueberdriftwort 20 Pg. Legitwort 10 Pg. Reklamezeile
2 Mf. Inserate v. auswärts: die 10gsp. Kolonialzeile 40 Pg. Reklamezeile 2.25 Mf.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Landtagsauflösung abgelehnt!

England senkte den Diskontsatz von 6 auf 5 Prozent — Großer Erfolg der Rüstungswoche in Berlin

Die Eiserne Front marschiert Aufmarsch Einzeichnen

Sonntag, den 21. Februar, 11 Uhr, Meßplatz

Osten: Stephaniplatz	Aufmarsch 9.30 Uhr
Südosten: Cäcilienstraße	Aufmarsch 9.40 Uhr
Westen: Siemensstraße, Spielplatz	Aufmarsch 9.45 Uhr
Norden: Herloßhoferstraße, Gohlis	Aufmarsch 10.00 Uhr
Süden: Selneckerstraße, Sportplatz	Aufmarsch 9.55 Uhr
Zentrum: Volkshaus	Aufmarsch 10.00 Uhr

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau und Ortsverein Leipzig
Allgemeiner deutscher Beamtenbund, Ortsausschuß Leipzig
Afa-Bund, Ortskartell Leipzig, ADGB, Ortsausschuß Leipzig
Kartell Leipzig der Republikanischen Verbände Deutschlands
Arbeiter-Sportkartell Leipzig, SPD, Groß-Leipzig



Der Kandidat Hugenberg?

Oskar von Hohenzollern

SPD Oskar von Hohenzollern ist das große Geheimnis derer um Hugenberg, die Trumpparte, die sie für die Reichspräsidentenwahl in der Hand halten.

Oskar gehört nicht nur dem Stahlhelm an, sondern auch dem Deutschnationalen Parteivorstand. An Intelligenz kann er sich weder mit Luwi, noch mit Eitel Friedrich, noch mit dem Egerton prahlen müssen, aber das gereicht ihm in den Augen derer um Hugenberg gerade zum Vorzug. Seine Spuren hat er sich in ähnlicher Weise verdient, wie seine Brüder. Auch er hat sich in die Stahlhelmmilizien und bei sogenannten vaterländischen Küngebungen den Kameraden gemischt. Auch er ist bekannt durch Hezzebeden und durch schroffste Bewertungen. Seine Gesetzesart wurde im Jahre 1926 durch einen ganz besonderen Vorfall hell beleuchtet.

Damals wurden mehrere Leute gefasst, die ein Attentat auf Stresemann geplant hatten. Es waren seine Brüder. Von ihnen stammen die Worte „Stresemann verwehe man“ und „das Schwimmen muss gelöst werden“. Ihr Haupt war ein gewisser Lorenz. Der erhielt in die Untersuchungshaft einen freundlichen Brief Oskars und dazu 50 Zigaretten geschickt. Stresemann hatte sich bestens sehr beeindruckt gezeigt, um dem Egertonprinzen die Rückkehr zu ermöglichen. Es war deshalb eine besondere Villerie, daß Oskar dem Attentäter, der den Freund seines Bruders töten wollte, Zigaretten schickte. Als sich in der Öffentlichkeit deswegen Lärm erhob, versuchte sich Oskar mit faulen Ausreden und falschen Anschuldigungen gegen die Justizbehörden herauszulügen.

Mit Hilfe der Kommunisten gedenken die um Hugenberg es bis zu einem zweiten Wahlgang zu bringen. Im ersten Wahlgang wollen sie eine Zählkandidatur in der Person des Herrn Dürscherz ausstellen, der neben Hitler oder Ertz kandidieren soll. Herr Dürscherz wäre ein Kandidat, den man bei Hugenberg „nicht übersehen“, und Herr Hitler auch! Im zweiten Wahlgang soll dann Oskar präsentiert werden.

Das Ergebnis der Rüstungswoche der Eisernen Front in Berlin ist am Donnerstag vom Gauvorstand des Reichsbanners festgestellt worden. Danach haben sich in der Zeit vom 31. Januar bis zum 14. Februar in den Sammelstellen 263 436 Personen in die Eisernen Bücher eingetragen. Einige Alten stehen noch aus. Die endgültige Ziffer wird sich noch um einige Hundert erhöhen.

Der Gauvorstand nahm von dem Ergebnis mit Beifriedigung Kenntnis, denn es bedeutet propagandistisch und finanziell einen alle Erwartungen übertreffenden Erfolg.

SPD Darmstadt, 18. Februar.

Die Untersuchung des „Attentats“ auf den nationalsozialistischen hessischen Landtagsabgeordneten Buttler hat bisher zu mehrwürdigen Ergebnissen geführt. Nach dem Urteil von Schießhausverständigen ist der betreffende Schuh aus wenigen Zentimeter Entfernung abgegeben worden, während Zeugen, die in der Nähe des „Tatorts“ weilten, als den Schuh nie, keine Person neben Buttler gesehen haben. Inzwischen ist von der Polizei im Nodaubach, der abgelassen wurde, auch der Revolver gefunden worden. Die Augen, die im Auten Buttlers fest, dachten das leichte Beweisstück in der mehrwürdigen Attentatauslegung sein.

SPD Die Nazis kündigen an, daß sie am 23. Februar wieder im Reichstag erscheinen werden. Aber nur solange, „als es ihnen zur Durchführung der parlamentarischen Kämpfe notwendig erscheint“.

263 436 Unterschriften

Das Ergebnis der Rüstungswoche in Berlin

Das Ergebnis der Rüstungswoche der Eisernen Front in Berlin ist am Donnerstag vom Gauvorstand des Reichsbanners festgestellt worden. Danach haben sich in der Zeit vom 31. Januar bis zum 14. Februar in den Sammelstellen 263 436 Personen in die Eisernen Bücher eingetragen. Einige Alten stehen noch aus. Die endgültige Ziffer wird sich noch um einige Hundert erhöhen.

Der Gauvorstand nahm von dem Ergebnis mit Beifriedigung Kenntnis, denn es bedeutet propagandistisch und finanziell einen alle Erwartungen übertreffenden Erfolg.

Abrüstungsvorschläge

Die Vorschläge, die bisher in der Generaldebatte der Abrüstungskonferenz vorgetragen und begründet worden sind, sind gestern um den Vorschlag der deutschen Regierung vermehrt worden. Die Delegationen aller Staaten bemühen sich, den schon vor Beginn der Konferenz bestehenden Eindruck von ihrem ungünstigen Verlauf und negativen Ausgang möglichst zu verwischen. Wo in allen Ländern die Militaristen mit einem Heer von technischen Kräften dabei sind, die industriellen und militärischen Rüstungen für den nächsten Krieg zu verstetzen, wo es in allen Erdteilen Konflikte und Scharnübel gibt, wo es im Fernen Osten bereits zu einem offenen Krieg zwischen zwei Böllerbundstaaten und Unterzeichnern des Kriegsabschlußpacts gekommen ist, da gilt es für sie, die Menschheit glauben zu machen, daß die Herrschenden und Regierenden mit ihrer Politik nur dem Ideal der Völkerverständigung und des Friedens dienen. Selbst wenn unter den kapitalistischen Diplomaten der ehrliche und ernste Wille dazu vorhanden wäre — die Gesellschaftsordnung, die die ökonomische und politische Macht ihrer Klasse begründet, würde sie an der Durchführung dieses Willens hindern. Dennoch sehen sich die verantwortlichen Staatsmänner gezwungen, den Versuch der Eindämmung des Rüstungswahnsinns der Länder zu unternehmen und die von ihnen für notwendig gehaltenen Kriegsvorbereitungen mit der finanziellen Leistungsfähigkeit ihres Landes und der industriellen und technischen Entwicklung in Einklang zu bringen. Die Technik der Kriegsführung wird in einem so rasenden Tempo weiterentwickelt, daß auch dem falt-schnüdigsten Menschenschlächter das Gewissen schlagen sollte.

In den Vorschlägen und den Ausführungen, die die Delegationsführer zur Darlegung des Standpunktes ihrer Regierungen gemacht haben, werden immer wieder Maßnahmen gefordert, die einer Ignorierung der leichten technischen Errungenschaften auf dem Gebiete des Kriegswesens gleichkommen. Die Unterseeboote sollen abgeschafft werden, die schwere Artillerie, die jetzt schon mit schwersten Geschossen Entfernung von 150 und mehr Kilometern überwinden kann, soll beschränkt werden. Bomberflugzeuge, die den Krieg über die Landesgrenzen hinweg mitten hinein in friedliches Land tragen, die Industriezentren für die Kriegswirtschaft zerstören und viele Tausende Männer, Frauen und Kinder töten werden, sollen verboten sein. Verboten werden soll das Kriegsführer mit Giftgasen und Bakterien, desgleichen die Tanks, die am Ende des letzten großen Krieges auf dem Schlachtfeld die Entscheidung zuungunsten der deutschen Truppen herbeiführen halfen. Es sind also immerhin Abrüstungsforderungen, die da mit der von einzelnen Delegationen verlangten Begrenzung der Heeresstärke aufgestellt werden. Über sie alle bedeuten nicht eine Vermehrung der Sicherung des Friedens, sondern die Staaten sind aus den verschiedensten Motiven heraus zu ihnen gekommen. Und selbst wenn einige der Vorschläge in irgendeiner Form in ein von der Konferenz zu beschließendes Abkommen übergehen sollten, werden sie alle miteinander für den Frieden nicht mehr Garantie bedeuten als jener Pakt, in dem die Mächte sich bekennen, den Krieg als ein Mittel der Politik auszuschließen und ihn ausdrücklich zu ächten.

An allen der Konferenz schon unterbreiteten und noch zu unterbreitenden Vorschlägen haben die Generäle der militärischen Nebenregierungen einen hervorragenden Anteil. Es ist wohl keines der siebenundsechzig in Genf vertretenen Länder, dessen Regierung nicht den Druck der Militärs fühlt. Jeder Abrüstungsdilettion gehörten militärische Sachverständige an oder sind ihm als Berater beigegeben. Und wenn Militaristen bei Abrüstungsverhandlungen ein entscheidendes Wörtlein mitreden, dann sollte das den Böllern stets zu ernstem Misstrauen Anlaß geben. Mit Recht und wohlgegründet haben in Frankreich die Sozialisten sich kritisch und ablehnend zu dem Abrüstungsvorschlag ihres

Leipzig - Schlagbereit!